

Peter Brandt

Neue Ostpolitik und Deutsche Einheit

Am 19. März jährte sich zum 45. Mal ein Ereignis, das für den spezifisch deutschen Aspekt der sozialdemokratischen Entspannungspolitik eine ähnlich große symbolische Bedeutung hatte wie der international stärker beachtete Warschauer Kniefall: der Besuch Willy Brandts in Erfurt zwecks erster direkter Gespräche zwischen den beiden deutschen Regierungen. Wer je die Gelegenheit hatte, mit Ostdeutschen zu sprechen, die damals dabei waren, konnte eine Ahnung davon bekommen, welche Emotionen und Hoffnungen im Spiel waren. Davon ging in den Folgejahren zunächst nur ein relativ kleiner Teil in Erfüllung; und der ostpolitische Durchbruch konnte erst in den Verhandlungen Egon Bahrs mit den Oberen in Moskau zustande gebracht werden.

Von Sozialdemokraten wird heute zu Recht der Zusammenhang von Entspannung, vor allem dem bundesdeutschen Anteil daran, und der Auflösung des sowjetkommunistischen Systems betont, jenem Prozess, der dann auch die staatliche Neuvereinigung Deutschlands ermöglichte. Abwegig wäre hingegen die Vorstellung, aus dem, was man Neue Ostpolitik genannt hat, wäre zwangsläufig und nach einem Masterplan die Wieder- oder Neuvereinigung Deutschlands hervorgegangen. Das über weite Strecken tastende, zwischenzeitlich auch in sich widersprüchliche Agieren war der bundesdeutschen Ost- und Deutschlandpolitik während der 60er, 70er und 80er Jahre zu eigen, wie es für die Realisierung jedes größeren und komplexen politischen Projekts gilt.

Abgesehen davon sollte die reale Kriegsgefahr, die seit den 50er Jahren mit der Wahrscheinlichkeit der Vernichtung großer Teile der Menschheit, insbesondere des deutschen Volkes, verbunden war, nicht in Vergessenheit geraten. Es gab eben noch

etwas Schlimmeres als die Teilung des Kontinents und unseres Landes. Irgendeine Art von Entspannung war ein existenzielles Interesse der Völker Europas und seit dem Vorhandensein der sowjetischen atomaren Zweitschlagskapazität ein Selbsterhaltungsinteresse beider Supermächte, die deswegen nicht aufhörten, wie imperiale und hegemoniale Weltmächte zu agieren.

Die Frage, vor der die Bundesrepublik stand, lautete, ob sie sich in den nach der Kuba-Krise vom Herbst 1962 vorsichtig beginnenden Entspannungsprozess, in dem sie eigene Chancen erkannte, mit den spezifischen deutschen Anliegen konstruktiv einschalten und diesen befördern oder ob sie aus Sorge um die Bewahrung ihrer Grundsatzpositionen – bei der Bundesrepublik die Nichtanerkennung der DDR als zweiten deutschen Staat und der Alleinvertretungsanspruch nach außen – als bremsender und störender Faktor in Erscheinung treten würde. In diesem Sinn wird von Zeithistorikern und Politikwissenschaftlern heute kaum bestritten, dass die Entspannungspolitik und hauptsächlich die westdeutsche, eine nicht wegzudenkende Voraussetzung jenes großen Wandlungsvorgangs war, der dann 1989/90 östlich der Elbe im Umbruch kulminierte.

Umstrittener als der ostpolitische Neuanfang der 60er Jahre und die heroische Phase ihrer Durchsetzung in den frühen 70er Jahren ist die in den letzten Jahren der sozialliberalen Koalition und während der folgenden Jahre der Opposition betriebene Deutschland- und Ostpolitik der SPD, bei der vielfach eine zunehmende Status quo-Fixierung konstatiert wird. Bei aller diesbezüglichen Kritik (seinerzeit auch vom Autor) sollte aber nicht übersehen werden, dass die Bemühungen, nach den Regierungen jetzt auch die herrschenden Parteien, vor allem die SED, in einen sicherheits-

wie gesellschaftspolitischen Dialog hinein-zuziehen, durchaus von dynamisierenden Absichten getragen war und neben legitimierenden auch faktisch subversive Wirkungen entfaltete.

Die Berliner Sozialdemokraten mit Willy Brandt nötigte der Mauerbau vom 13. August 1961 zu einem Kurswechsel. Schneller und radikaler als im eigentlichen Bundesgebiet spürten sie

»Wandel durch Annäherung«

den Zwang, der von der amerikanischen Respektierung der östlichen Machtsphäre ausging. In Berlin ging es vor allem darum, die Mauer durchlässiger zu machen, wenn man bis auf Weiteres gezwungen war, mit ihr zu leben. Da nicht nur den Ostberlinern der Übergang in den Westen, sondern auch den Westberlinern der Zugang in den Ostteil der Stadt verwehrt war, konzentrierte sich das Interesse auf eine Passierscheinregelung. Die Formel, der Berliner Senat und die DDR-Regierung hätten sich auf Amts- und Ortsbezeichnungen nicht verständigen können, erlaubte es der neuen Politik, in den Jahren 1963-1966 ihre humanitären und national verbindenden Wirkungen zu entfalten.

»Wandel durch Annäherung« wurde zum kennzeichnenden Schlagwort. Sein Erfinder Egon Bahr stellte im Juli 1963 fest, eine Veränderung des Status quo sei nur auf der Basis seiner Akzeptierung möglich. Es gelte, die kommunistische Herrschaft zu verändern, nicht sie von außen abzuschaffen, auch in der DDR nicht. Eine gewisse Stabilisierung der politischen Ordnung im Osten sei erwünscht, denn sie mache den Wiederannäherungs- und Wiedervereinigungsprozess »mit vielen Schritten und vielen Stationen« kontrollierbar und somit für die UdSSR erträglich. Bahrs Thesen erregten großes Aufsehen und stießen auch innerhalb der SPD nicht durchweg auf Einverständnis. Es dauerte noch rund drei Jahre, bis das Berliner Konzept selbst in der SPD durchgedrungen war.

Als sich die SPD-Führung Ende 1966 entschloss, in eine CDU/CSU-geführte Große Koalition einzutreten, spielte neben anderen Motiven die Hoffnung eine Rolle, auch ost- und deutschlandpolitisch einige Schritte voranzukommen. In der Tat war es der neue westdeutsche Außenminister Willy Brandt, der den sogenannten Harmel-Bericht vom Dezember 1967 maßgeblich mit beeinflusste. In diesem definierte die NATO ihre Rolle ganz neu. Die Invasion der Warschauer-Pakt-Staaten gegen den Reformsozialismus in der Tschechoslowakei im August 1968 bedeutete einen heftigen Rückschlag, aber die Reaktion der Bundesrepublik bestand, wie Horst Teltschik jüngst positiv hervorgehoben hat, nicht in dem Abbruch der Zusammenarbeit mit dem Osten, vor allem der Sowjetunion, sondern vielmehr in ihrer Intensivierung.

Doch erreichte die Regierung der ersten Großen Koalition, nach einigen anfänglichen Erfolgen in der Praxis der Beziehungen zum politischen Osten, keinen entscheidenden Fortschritt. Zwar fand die Bundesrepublik, der die Isolierung gedroht hatte, wieder Anschluss an die internationale Politik, ansonsten bereitete die Regierung Kiesinger/Brandt außenpolitisch aber eher das Terrain für das vor, was danach kam und auf eine seit Frühjahr 1969 – auch wegen der Konflikte mit China – veränderte Haltung der UdSSR gegenüber dem westlichen Deutschland stieß.

Die einzelnen Schritte schienen intern, nach gründlicher konzeptioneller Vorbereitung, inzwischen so selbstverständlich wie unumgänglich: Herstellung voller diplomatischer Beziehungen zu allen Ostblockstaaten zwischen der Sowjetunion, mit der schon 1955 Botschafter ausgetauscht worden waren, und der DDR; Beitritt zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen; Einigung mit der Tschechoslowakei über den juristischen Status des Münchener Abkommens von 1938; vertragliche Vereinbarungen über Gewaltverzicht und Grenzankennung,

hauptsächlich mit der UdSSR. Über eine interimistische Berlin-Regelung zur Sicherung der Existenz West-Berlins verhandelten die vier Besatzungsmächte seit Sommer 1969. Die im Innern der Bundesrepublik noch keineswegs geklärte, vielmehr heiß umstrittene Frage der deutsch-polnischen Grenze, sollte nun durch eine förmliche Anerkennung der Oder-Neiße-Linie seitens Westdeutschlands mit politischer Bindewirkung für ein künftiges Gesamtdeutschland gelöst werden. Die SPD hatte sich dem seit Mitte der 60er Jahre recht mühsam und nur schrittweise genähert. Führende SPD-Vertriebenenpolitiker brachen mit der Partei.

Während all das – unter Aufrechterhaltung des bundesdeutschen Wiedervereinigungsvorbehalts – in den Ostverträgen und dem vierseitigen Berlin-Abkommen der Jahre 1970-1973 geregelt werden konnte, stellte sich die Neuregelung des Verhältnisses zur DDR für die Regierung Brandt/Scheel komplizierter dar: Die DDR-Führung reagierte mit verstärkter Abgrenzung auf die Entspannungsbereitschaft der neuen Bundesregierung und postulierte die Existenz zweier Nationen (nicht mehr nur Staaten) in Deutschland. Honecker löste den eigensinnigen Ulbricht am 3. Mai 1971 als Staats- und Parteichef ab.

Zwar öffnete die Bundesrepublik der DDR mit dem Grundlagenvertrag die Schleusen für diplomatische Beziehungen in alle Welt. Beide Staaten wurden Mitglieder der UNO, doch die deutsch-deutschen Beziehungen blieben von »besonderer« Art, von denen zu anderen Staaten sichtbar unterschieden, besonders aufgrund der Staatsangehörigkeitsfrage. Ergänzungsvereinbarungen zum Berlin-Abkommen, der Verkehrsvertrag und die Regelungen über den kleinen Grenzverkehr erweiterten in starkem Maß die Kommunikation zwischen West- und Ostdeutschland und bedeuteten gravierende menschliche Erleichterungen.

Die Neue Ostpolitik musste gegen eine starke innerstaatliche Opposition durch-

gesetzt werden. Dass sie in der Bundesrepublik mehrheitlich befürwortet werden und 1972 in der vorgezogenen Bundestagswahl triumphal bestätigt werden würde, war zunächst alles andere als sicher. Nach dem Kanzlerwechsel von 1974 von Brandt zu Schmidt und nach der Helsinki-Konferenz des Jahres 1975 (KSZE) begannen ostpolitisch die Mühen der Ebene mit meist kleinen Fortschritten und wiederholten Rückschlägen, nicht nur im Bereich der Menschenrechte. Grobe Umrisse einer gesamteuropäischen Friedensordnung waren zwar erkennbar, doch gelang es nicht, die Rüstungskontrollmaßnahmen der Supermächte in Richtung substanzieller Abrüstung in Europa weiterzutreiben.

Gegen Ende der 70er Jahre deutete wenig darauf hin, dass der langfristige Wechsel, den die westdeutschen Entspannungspolitikern mit ihrem Neuanfang ausgestellt hatten, »Vereinte in absehbarer Zeit würde eingelöst werden können.

Und nicht wenige Westdeutsche, auch Sozialdemokraten, missverstanden die Entspannung und die Ostverträge als vorbehaltlose Anerkennung der Nachkriegsordnung. Doch schloss die im Herbst 1982 aus CDU/CSU und FDP gebildete neue Regierung Kohl/Genscher – bei leicht veränderter Rhetorik – bruchlos an die Deutschland- und Ostpolitik der Vorgängerregierung Schmidts an. Es war die Zeit erneuter Spannungen zwischen den Supermächten und den von ihnen geführten Paktsystemen. Die beiden deutschen Staaten reagierten mit einer Art vereinter Dämpfungspolitik – trotz der sowjetischen atomaren »Nachrüstung« der NATO mit präzisen amerikanischen Mittelstreckenraketen und der darauf folgenden sowjetischen »Nach-Nachrüstung« durch die Installierung neuer Kurzstrecken-Raketen. Die Deutschen kamen sich in ihren informellen Bedrohungsanalysen damals recht nahe. Zugleich wuchs, mit immer engerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit und großzügiger Kreditge-

»Vereinte
Dämpfungspolitik«

währung, die Abhängigkeit der DDR von der Bundesrepublik.

Das Geflecht aus Verträgen und Kooperation hielt der erneuten Zuspitzung der Ost-West-Konfrontation Anfang der 80er Jahre stand und half Michail Gorbatschows Perestroika und damit letztlich dem unblutigen Ende des sowjetkommunistischen Systems den Weg zu ebnen. Deutschland wurde am Ende der 80er Jahre – und das war sicherlich eine Folge seiner über längere Zeit verfolgten Entspannungspolitik und eine der Bedingungen der Vereinigung – in der Sowjetunion und in den mit ihr verbündeten Staaten, ebenso wie im westlichen Ausland, überwiegend nicht mehr als bedrohliche Macht wahrgenommen. Das galt für einen Großteil der östlichen Partei- und Staatsführungen und für oppositionelle Formationen wie die tschechische Charta 77 und die polnische Solidarność, wo man zu dem Ergebnis kam, ein vereintes Deutschland könnte unter Umständen mehr im Interesse des östlichen Mitteleuropa liegen als die andauernde Zweistaatlichkeit.

Die letzten Endes ökonomisch begründete Existenzkrise des Ostblocksystems, also eine innere Ursache, war in erster Linie verantwortlich dafür, dass, unter Beteiligung revolutionär-demokratischer Massenbewegungen, ein politischer Ordnungswechsel eingeleitet und damit auch die deutsche Einheit machbar wurde. Den Boden dafür bereitet zu haben und wohl auch die herrschende Monopolbürokratie in der UdSSR und anderswo von einem Massaker im Innern oder der Flucht in den äußeren Krieg abgehalten zu haben, geht größtenteils auf das Konto der westlichen Entspannungspolitik, insbesondere der bundesdeutschen Neuen Ostpolitik. Dass die Sozialdemokratie im Zuge des revolutionären Umbruchs in Mittel- und Osteuropa und der folgenden politisch-gesellschaftlichen Transformation an den Rand geriet, steht auf einem anderen Blatt. Es war indes keineswegs unausweichlich, auch nicht angesichts des begonnenen neokonservativ-neoliberalen Rollback im Westen und verweist auf eine selbstkritische Reflexion.



Peter Brandt

ist Professor (i.R.) für Neuere deutsche und europäische Geschichte und ehrenamtlich Direktor des interdisziplinären Dimitris-Tsatsos-Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften (DTIEV) an der Fernuniversität Hagen.

peter.brandt@fernuni-hagen.de

Julian Heidenreich

Die Tyrannei der Möglichkeiten

Von Individualisierung und der Angst um die eigene Identität

Ständig müssen wir uns entscheiden. Genau genommen entpuppt sich schon der schnelle Einkauf im Supermarkt um die Ecke als wahres Entscheidungschaos. Allein beim Kauf eines Joghurts haben wir die Wahl zwischen diversen Fruchtsorten, Fettgehalten, Zuckermengen, Marken- und Billigprodukten. Man könnte mehrere Mi-

nuten mit der Wahl des richtigen Joghurts verbringen; lange vorbei sind die Zeiten, in denen die Auswahl unserer Nahrungsmittel durch das saisonale und regionale Angebot bestimmt wurde.

Dieser Überfluss an Auswahl gilt als Errungenschaft, als Sieg der Marktwirtschaft über das Diktat der Einschränkung durch